

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

28.3.1923 (No. 86)

Karlsruher Tagblatt

Preis:
In- und Auswärts: 1.200.-
Auswärts: 1.400.-
Auswärts: 1.600.-
Auswärts: 1.800.-
Auswärts: 2.000.-
Auswärts: 2.200.-
Auswärts: 2.400.-
Auswärts: 2.600.-
Auswärts: 2.800.-
Auswärts: 3.000.-
Auswärts: 3.200.-
Auswärts: 3.400.-
Auswärts: 3.600.-
Auswärts: 3.800.-
Auswärts: 4.000.-
Auswärts: 4.200.-
Auswärts: 4.400.-
Auswärts: 4.600.-
Auswärts: 4.800.-
Auswärts: 5.000.-
Auswärts: 5.200.-
Auswärts: 5.400.-
Auswärts: 5.600.-
Auswärts: 5.800.-
Auswärts: 6.000.-
Auswärts: 6.200.-
Auswärts: 6.400.-
Auswärts: 6.600.-
Auswärts: 6.800.-
Auswärts: 7.000.-
Auswärts: 7.200.-
Auswärts: 7.400.-
Auswärts: 7.600.-
Auswärts: 7.800.-
Auswärts: 8.000.-
Auswärts: 8.200.-
Auswärts: 8.400.-
Auswärts: 8.600.-
Auswärts: 8.800.-
Auswärts: 9.000.-
Auswärts: 9.200.-
Auswärts: 9.400.-
Auswärts: 9.600.-
Auswärts: 9.800.-
Auswärts: 10.000.-

Anzeigen:
Die Geschäftsstelle
über dem Hauptbahnhof
auswärts 420.-
auswärts 440.-
auswärts 460.-
auswärts 480.-
auswärts 500.-
auswärts 520.-
auswärts 540.-
auswärts 560.-
auswärts 580.-
auswärts 600.-
auswärts 620.-
auswärts 640.-
auswärts 660.-
auswärts 680.-
auswärts 700.-
auswärts 720.-
auswärts 740.-
auswärts 760.-
auswärts 780.-
auswärts 800.-
auswärts 820.-
auswärts 840.-
auswärts 860.-
auswärts 880.-
auswärts 900.-
auswärts 920.-
auswärts 940.-
auswärts 960.-
auswärts 980.-
auswärts 1000.-

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

120. Jahrg. **Mittwoch, den 28. März 1923** Nr. 86.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. — Einmütige Ablehnung der französischen Forderungen.

Wahrheiten.
Der Geisteszustand der Sieger gestattet ihnen nicht mehr, Recht und Raub von einander zu unterscheiden.

Schicksalsfragen der Krankenversicherung.

Von Otto Thiel, M. d. R.
Der Reichstag hat noch vor seinem Auseinandergehen eine Frage vorläufig geregelt, die ihre endgültige Lösung erst in einer Novelle zur Reichsversicherungsordnung finden kann: Die Frage, wie die Zukunft der deutschen Krankenversicherung gestaltet werden soll. Die Frage ist für alle Schichten unseres Volkes von ungeheurer Bedeutung. Wenige Tausende mögen das verstehen.

Die unaufgeklärte Verarmung unseres Volkes tritt nirgends deutlicher in die Erscheinung als in den Wöchnerinnen- und Krankenhäusern und bei den Verdrängten. Tausende von deutschen Kindern, die geboren werden, können nicht mehr in Bindeln eingewickelt, sondern müssen in Pappbetten schlafen. Unzählige Kranke verenden an ärztliche Hilfe, weil sie keinen Arzt bezahlen können. Von Tag zu Tag mehr werden die Fälle, in denen die Verdrängten von Toten vor sich sehen in Särgen mit sogenanntem „Notausgang“. Ein solcher Sarg ist mit einem herausnehmbaren Boden versehen, der allein in der Nacht zurückbleibt, während der Sarg selbst für weitere Verdrängten Verwendung findet. Der einfache Sarg, wie er von Armenhäusern in der Regel verwendet wird, kostet heute im allgemeinen 60.000 M. Der Versuch eines Arztes, einem Kranken heute bei Tage mindestens 1500 M. bei Nacht 15.000 M. Eine Blinddarmerkrankung wird mindestens mit 40.000 M. berechnet.

Trotz solcher Preise, die von Angehörigen des Mittelstandes und der Arbeiterklasse aus laufenden Mitteln nicht bezahlt werden können, leidet die Volkswirtschaft große Not. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die trotz ihrer Tätigkeit wirtschaftlich Einnahmen und Ausgaben nicht mehr in Einklang bringen können und infolgedessen ihre Praxis nicht fortsetzen können. Viele von ihnen lassen, bevor sie den Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz aufgeben, lange Zeit sich und ihre Familien darben, bis sie schließlich erschöpft zusammenbrechen. An den Erlass unbrauchbar gewordenen Instrumenten ist kaum noch zu denken. Die Zahl der Privatpatienten geht von Tag zu Tag zurück, weil eben die Mittel zur Inanspruchnahme eines Arztes nur noch einer kleinen beschränkten Volkschicht zur Verfügung stehen. Das Fortbestehen der Existenz der weit überwiegenden Mehrzahl der Ärzte hängt davon ab, ob es gelingt, eine leistungsfähige Krankenversicherung für die breiten Massen der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Der Krieg, die Wirtschaftskrisen und die sich steigende Verarmung erhöhen die Gefahren für die gesundheitspolitische Entwicklung in unserem Volke, insbesondere in der Jugend und unter den Frauen derartig, daß die Zukunft der Nation von der Erhaltung einer gesunden Krankenversicherung abhängt. Ohne die Träger der Krankenversicherung, die gegenwärtig etwa 10 Millionen Mitglieder umfassen, leistungsfähig zu erhalten, ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Welche Mittel und welche Wege beschritten werden können, um die Krankenversicherung leistungsfähig zu erhalten, darüber wird zurzeit bei den Krankenkassen, in der Reichsregierung, bei den Ärzten und den Reichstagsabgeordneten lebhaft diskutiert.

Die Ortskrankenkassen und die Betriebskrankenkassen behaupten gemeinsam, daß eine gesunde Krankenversicherung nur dann möglich sein würde, wenn die Krankenkassen einen starken Druck auf die Ärzte ausüben können. Sie wünschen eine Änderung der reichsrechtlichen Bestimmungen, durch die sie in die Lage versetzt werden, ihren Mitgliedern nicht mehr ärztliche Hilfe, sondern einen Rückschlag auf den Rücken der ärztlichen Behandlung zu gewähren. Man rechnet damit, daß diese Maßnahme dahin führen wird, die Ärzte unfähiger zu machen und zu Vertragsabschlüssen zu zwingen, die die Ärzte weniger stark belasten.

Die Ärzte weisen demgegenüber darauf hin, daß eine solche Regelung praktisch dazu führen würde, daß die Versicherer nur in den allergeringsten Fällen den Arzt in Anspruch nehmen und infolgedessen Krankheiten lange hin- und hergeschleppt und damit zu einer großen Gefahr für die Volksgesundheit werden würden. Die Reichsregierung geht von der Auffassung aus, daß ärztliche Behandlung, Arznei und Hilfsmittel als Pflichtleistungen der Krankenkassen den Versicherern unter allen Umständen erhalten werden müssen. Sie weist darauf hin, daß in denjenigen Fällen, in denen ohne Verschul-

den der Krankenkassen die Gewährung der ärztlichen Versorgung ernstlich gefährdet wird, durch Inanspruchnahme des § 370 der Reichsversicherungsordnung Abhilfe geschaffen werden könne. Andererseits steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Ansprüche der Ärzte in dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen aber auch so weit gehen, daß die

Der Standpunkt des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 27. März. Der Ausschuss des Reichstags für die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten ist heute zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Reichskanzler konnte wegen starker Ermüdung an der Sitzung nicht teilnehmen. Ueber das Ergebnis der Sitzung gibt das B.L.Z. folgenden Bericht:
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist heute mittags 12 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, an der vom Reichskabinett neben dem Außenminister Dr. Rosenbergs die Minister Dezer, Dr. Luther, Albert, Heinke und Becker, vom Wiederaufbauministerium Dr. Müller, ferner zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Reichstags, der preussische Ministerpräsident Brauns, der bayerische Generaldirektor Preger, der sächsische Gesandte Gradnauer u. a. teilnahmen.

Der Vorsitzende Abg. Stresemann (D. Sp.) sprach zunächst sein Bedauern aus über die Erkrankung des Reichskanzlers, die ihn leider an der Teilnahme an der Sitzung verhinderte. Anstelle des Reichskanzlers übernahm der Reichsminister des Auswärtigen in ausführlicher, vertraulicher Rede über die politische Lage.

In der auf die Rede des Außenministers folgenden Diskussion sprachen die Abgeordneten Müller-Krause, Spahn, Helfferich, Stresemann, Gothein, Könen und Breitscheid.

Der Ausschuss war einmütig in der Ablehnung der von der französischen Regierung angeforderten Kapitulation und in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung des passiven Widerstandes mit dem Ziele:

hierdurch und durch internationale Abmachungen die Befreiung des Ruhrgebietes von französischer und französischer Invasion herbeizuführen.

Am Schlußwort beantwortete der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosenbergs noch verschiedene Anträge.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 27. März. (Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wies der Minister des Auswärtigen an der Hand der amtlichen Dokumente nach, daß die deutschen Vertreter in Paris ermächtigt und gerüstet waren, den deutschen Reparationsplan der dort vom 2. bis 5. Januar tagenden Konferenz der Ministerpräsidenten schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern und ihn für den Fall, daß mündliches Gehör nicht gewährt würde, der Konferenz nur auf schriftlichem Wege zu übermitteln. Auf die Frage, wie sich die Reichsregierung zu dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes, den dieser in seiner Rede in der Historischen Gesellschaft in Remagen am 20. Dez. 1922 entwickelt hat, stelle, antwortete der Reichsminister die deutsche Regierung habe den von Staatssekretär Hughes gewiesenen Weg für gangbar und glaube, daß das Ziel nicht nur der nächstbestmöglichen Milderung, sondern aller großen Staaten der Welt davon abhängig, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten werde. Nach Ansicht der Regierung sollte die von Staatssekretär Hughes vorgeschlagene Kommission von Geschäftsleuten, oder eine ähnliche sachverständige und unparteiische, an der Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, bald zusammenzutreten, um folgende Fragen zu beantworten:
1. Was leistete Deutschland bisher;
2. was kann uns Deutschland gerechter Weise noch leisten;
3. auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden.
Würde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an das internationale Kapital direkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, für die Deutschland mit jeder von dem Anleihekommissionarium geforderten Sicherheit einzustehen habe und die an Frankreich oder die All-

ierten als sofortige Barvorschüsse zu behändigen sein würde. Die Regierung sei überzeugt und werde erforderlichen Falls durch geeignete Maßnahmen in gefälliger Form dafür sorgen, daß die deutschen Wirtschaftskräfte ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflichten stellen. Die deutsche Regierung habe im Laufe der diplomatischen Verhandlungen die wichtigsten an Europa schädlich interessierten, aber nicht unmittelbar an Antragsstellen beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen oder Wünsche zu äußern, von dieser Anbahnung in Kenntnis gesetzt, habe sie aber gleichzeitig auf die Schwierigkeiten des Problems hingewiesen, daß Deutschland Sicherheiten dafür verschaffen werden können, daß die über den Verfall der Reparationspflichten hinaus im Ausland wieder hergestellt werden. Das Problem sei, abgesehen von den täglich sich verstärkenden Leiden der Bevölkerung und der dadurch bedingten Gefahr eines Ausbruchs der Volkswirtschaft, deshalb so wichtig, weil die Regierung sich nicht denken könne, daß irgend eine sachverständige Veranlassung in der Lage sein werde, ein sicheres Urteil über die tatsächliche Leistungsfähigkeit Deutschlands abzugeben, bevor dem gemeinsamen Eintreten in das deutsche Wirtschaftsleben und der dadurch veranlaßten Wertverminderung Einhalt geboten sei. Auch sehe die Reichsregierung keine Möglichkeit, daß das deutsche Volk seine derzeitige Lage, den passiven Widerstand, aus der Hand legen könne, ohne daß auch der Gegner sich auf die Linie des status quo ante zurückziehe. Zu der von Frankreich in letzter Zeit in den Vordergrund geschobenen Frage, der politischen Sicherheiten, verweist der Reichsminister auf den deutschen Vorschlag des Rheinlandpakt und auf das Gebiet friedensfördernder Vereinbarungen, die auf dem Boden der Gegenseitigkeit aufgebaut werden könnten.

Hinsichtlich des Handelsverkehrs aus dem besetzten Gebiet nach dem Ausland, namentlich nach England, bemühe sich die deutsche Regierung, wie der Reichsminister weiter ausführte, eine Regelung zu finden, die ohne Durchbrechung der deutschen Widerstandsfrente den Bedürfnissen des Auslandes, namentlich des englischen Warenverkehrs Rechnung trage. Die auf eine englische Anregung zurückzuführende Regelung laufe darauf hinaus, daß die vor einem bestimmten Termine abgeschlossenen Handelsverträge neutralisiert würden, d. h. daß in Ansehung der Kontrakte sowohl die französische und belgische Besatzungsbehörde als auch die deutsche Behörde sich jeder Kontrolle enthalten sollten. Man wisse, daß verschiedene fremde Regierungen Vorstellung in Paris und Brüssel erhoben haben, um das gleiche Zugeständnis von französisch-belgischer Seite zu erhalten, das Deutschland bereits gemacht habe. Welchen Erfolg diese Vorstellungen gehabt haben, war nicht bekannt.

Die Erkrankung des Reichskanzlers.

Berlin, 27. März. Bei dem Reichskanzler hat sich aus der verschleppten Erfüllung eine leichte Rippenfellentzündung entwickelt. Der Reichskanzler wird genötigt sein, mehrere Tage das Bett zu hüten, führt aber die Geschäfte weiter.

Herabsetzung der Kohlenpreise.

Berlin, 27. März. (Eig. Drahtber.) Der Reichskohlenverband hat in Gemeinschaft mit dem großen Ausschuss des Reichskohlenrates beschlossen, die in Verbindung mit dem Reichstagsantrag vom 1. April in Aussicht genommenen Herabsetzung der Kohlenpreise, die für sich allein eine Herabsetzung des Kohlenpreises um etwa 7,5 Prozent bewirken würde, die Restpreise der Kohlenindustrie des unbesetzten Gebietes um 3,5 bis 9 Prozent zu ermäßigen. Die gesamte Ermäßigung des Kohlenpreises würde hiernach bis zu 16,5 Prozent betragen.

Das preussische Kabinett hinter Seering.

Berlin, 27. März. (Eig. Drahtber.) Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, daß das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom Dienstag den Bericht des Ministers des Innern Seering über das, seinem Vorgehen gegen die deutsch-völkische Partei zu Grunde liegende Tatsachenmaterial entgegengenommen habe. Das Ministerium erkannte angesichts des vorliegenden Materials und des Grades der innen- und außenpolitischen Lage die Maßnahmen des Innenministers als notwendig und berechtigt an und gelangte in einmütiger Stellung zu einer vollen Billigung.

Krankenkassen angeht, ist ihrer schweren Lage zurzeit nicht darauf einzugehen können.
Im sozialpolitischen Ansehen des Reichstags war keine Meinung, in dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen einseitig Partei zu ergreifen. Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und das Zentrum stehen von vornherein keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Krankenkassen an eine Erfüllung ihrer Forderungen, gegen die Ärzte gerichteten Forderungen nicht denken können. Sie stimmen mit der Regierung darin überein, daß unter allen Umständen ein Weg gefunden werden müsse, um die beiden Vertragsparteien zu einer Verständigung über die Streitfrage zu bringen.

Ein weiterer Streit ergab sich aus dem Verlangen der Ortskrankenkassen, ihre Monopolstellung gegenüber allen übrigen Krankenarten gekürzt zu erhalten. Hier hat der Reichstag auf Kosten der anderen Kassen ihnen einen gewissen Ausgleich zugesichert. Die Forderung der Ortskrankenkassen ist erheblich weiter. Das Fortbestehen vorhandener und die Neugründung neuer Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen sollte bedeutend erschwert werden.

Zum Wortführer dieser Monopolbestrebungen der Ortskrankenkassen machte sich aus naheliegenden Gründen die Sozialdemokratie. Während bei den Demokraten die Stellung dieser Frage zunächst nicht einheitlich war, wurden von den letzten bürgerlichen Parteien die Monopolbestrebungen der Ortskrankenkassen zurückgewiesen. Die Deutsche Volkspartei trat bei diesen Verhandlungen von der Erwägung aus, daß man eine Geländung der Krankenversicherung nicht dadurch herbeiführt, daß gesunde, leistungsfähige Klassenarten aufgelöst und die Verdrängten den finanziell schwer zureichenden allgemeinen Ortskrankenkassen zugeführt werden. In zahlreichen Beispielen konnte sie den Nachweis führen, daß gerade die allergrößten Krankenkassen die Kräftezeit am schwersten übermunden haben, während die kleineren Kassen, insbesondere aber die Betriebs- und die kaufmännischen Berufskrankenkassen (sogenannte „Einkassens“) hinsichtlich ihrer Beiträge und Leistungen vorbildlich sind. In Kassen dieser Art besteht die Möglichkeit viel besser als in den großen allgemeinen Ortskrankenkassen, das Verantwortungsgesetz der einzelnen Versicherer gegenüber der Kasse zu stärken und ohne bürokratische Ueberorganisation eine wirksame Krankenkassenkontrolle durchzuführen. Dadurch werden die Mittel vor Mißbrauch geschützt. Die hierdurch erzielten Ersparnisse dienen dazu, die Leistungen dieser Kassenarten zu erhöhen. Die sozialdemokratische Propaganda, die die höhere Leistungsfähigkeit der Betriebs- und der Berufskrankenkassen behaupten will mit einer ansehnlich stattfindenden Mißkennauswahl ist völlig verfehlt.

Wenn die besonders in Not befindlichen großen allgemeinen Ortskrankenkassen gefunden wollen, dann ist zweierlei notwendig. Erstens Befreiung von allen unnötigen Verwaltungskosten, die sich niemals gelohnt haben, aber heute große Verwaltungskosten verschlingen. Zweitens müssen die Kassen alles daran setzen, um das Verantwortungsgesetz der Versicherer gegenüber der Krankenkasse zu stärken. Vertreter der Krankenkassen selbst schützten erscheinende Beispiele von der Verantwortungsgesetzlichkeit mancher Versicherer gegenüber ihrer Krankenkasse.

Es besteht die Auffassung, daß diese Aufgabe in den ganz armen Kassen nur sehr schwer erreichbar ist. Unter diesen Umständen ist es notwendig, gerade in der heutzutage Zeit die Bahn frei zu machen für die weitere Aufwärtsentwicklung derjenigen Krankenkassen, die sich als leistungsfähig erwiesen haben. Sie wollen aufzäumen mit einer ungerichteten Mißkennauswahl der Berufskrankenkassen inwieweit, als man davon heute noch sprechen könnte, gleichzeitig aber auch dieser Kassenart die lästigen Resten lösen, die letzter ihr anhaftet waren. Für die Betriebskrankenkassen werden gewisse Rechtsänderungen nötig werden. Wo man aber von sozialdemokratischer Seite die Existenz der Betriebskrankenkassen angreift, wird die Deutsche Volkspartei sich entschieden widersetzen.

Eine der härtesten Belastungsproben für die Krankenkassen hat die rasende Geldentwertung. Wenn es der Regierung Guno gelingt, ihr auf längere Zeit Einhalt zu gebieten, wird die Stützungsaktion der Mark für die Weiterentwicklung der Krankenversicherung und damit für unsere Volksgesundheit von gewaltiger Bedeutung sein. Freilich drohen neue Gefahren für die Krankenkassen in einer im Bereich der Markstabilität liegenden künstlichen Wirtschaftskrise. Möge es gelingen, bis zu deren Eintritt alle Arten von Krankenkassen auf so gesundem Boden zu stellen, daß sie auch diesem Sturm trotzen können, damit es gelingt, einen Damm aufzurichten gegen schwere Gefahren für die künftige Volksgesundheit.

Der englische Sicherheitsvorschlag.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abdruckt:

Heute findet im englischen Unterhause die mit Spannung erwartete Debatte über den Vorschlag des liberalen Abgeordneten General Spears statt...

Der Londoner Berichterstatter der „Post“ hat den General Spears aufgefordert, der ihm seinen Vorschlag entwickelte...

a) Deutschland verpflichtet sich, auf dem linken Rheinufer und in der 50-Kilometerzone auf dem rechten Rheinufer keine militärischen Anlagen oder militärische technische Vorrichtungen auf den Eisenbahnen, überhaupt keine Garnisonen zu errichten...

b) Während dieser Entmilitarisierung wird die öffentliche Ordnung in diesen Gebieten aufrechterhalten, entweder durch eine deutsche Schutzpolizei, die in totalen Verbänden organisiert ist...

c) Der Völkerverbund habe technische Beamte zu bestellen, die ohne Exekutivvollmacht nur befehlig sein, durch Inspektionen darüber zu wachen...

wachen, daß die Eisenbahnanlagen und einige genau zu bezeichnende große Industrieunternehmungen nicht für die Vorbereitung von kriegerischen Handlungen benutzt würden.

d) Während der Entmilitarisierung sei die Tätigkeit der deutschen Verwaltungsorgane und Gerichte in vollem Umfange uneingeschränkt zu lassen. Die Wirtschafts- und Verkehrseinheit mit den übrigen deutschen Gebieten müssen völlig ungehindert bleiben.

Schon bei oberflächlicher Betrachtung müssen, so sehr auch der Grundgedanke anzunehmen ist, der den Vorschlag des liberalen Antragstellers bewegt, scharfe sachliche Einwendungen deutscherseits erhoben worden, die sich um die Rolle zu gruppieren hätten...

Die Entmilitarisierung.

Englische Meinungen über die Zukunft der Rheinlande.

London, 27. März. (Drahtber.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge wird in gewissen Kreisen ein Plan für die Lösung des Problems der Sicherheit Frankreichs ausgearbeitet...

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Der letzte zur Sicherheit Frankreichs aufgestellte Plan sei nahe verwandt mit dem nach dem Waffenstillstand für die Dauer der Besetzung des Rheinlandes aufgestellten Entwurf...

Aus den besetzten Gebieten.

Gehorsamspflicht der Rheinländer.

Berlin, 28. März. Die Interalliierte Rheinlandkommission und die französischen Generale verlangen nachdrücklich von der Bevölkerung...

Gehorsamspflicht gegenüber ihren Anordnungen. Sie berufen sich wiederholt auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 26. Dezember 1920, das diese Verpflichtung angeblühlich anerkennt.

Der Vertrag läßt die Hoheitsrechte der Reichsregierung und der Landesregierungen unberührt, soweit sich nicht aus den Vertragsbestimmungen eine Beschränkung unzweifelhaft ergibt.

Kriegsgerichtsurteile.

Bochum, 27. März. Von dem Militärpolizeigericht in Werden wurde Bürgermeister Ropmann aus Zeitwig wegen Ungehorsams gegen über französischen Befehlen zu 6 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Bingen, 27. März. Die Eisenbahnbeamten in Bingen und Umgebung, die noch Dienstwohnungen bei der Bahn innehaben, müssen diese nunmehr auf Grund einer neuen Verfügung der Besatzungsorgane räumen.

Wiesbaden, 27. März. Die französischen Besatzungsbehörden haben 15 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben.

Der Raubzug gegen die Fabriken.

Paris, 27. März. Im Anschluß an die Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandkommission vom 15. März, die, wie gemeldet, die Beschlagnahme von Gegenständen und Waren aller Art vorsehen...

Die Rheinlandkommission hat ferner die Beschlagnahme der auf Grund einfacher Handelsgeschäfte von französischen bei deutschen Staatsangehörigen besetzten Gegenstände aller Art angeordnet...

Die Handelskammer in Essen befehlt.

Bochum, 27. März. (Drahtber.) Die Handelskammer Essen ist von den Franzosen befehligt worden.

Zu den Morden in Buer.

Essen, 27. März. Einer Meldung aus Buer zufolge wurde gestern endlich der deutsche Hauptzeuge in der Angelegenheit der Ermordung der beiden französischen Offiziere, der Bergam, Winkling, freigelassen...

Verhaftung eines niederländischen Gewerkschafters in Duisburg.

Amsterdam, 27. März. „Het Volk“ teilt mit, daß Sekretär Rathmans von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation an die Minister der Justiz und des Inneren folgendes Telegramm gerichtet habe:

Holländisches Vorstandsmitglied Neemans vom Zentralverband der Transportarbeiter ist in Duisburg von Franzosen verhaftet worden wegen Anspornung holländischer Rheinischfischmännchen...

Ungegeschwächter Abwehrwille der Bergarbeiter.

Bochum, 27. März. Die vier Bergarbeiterverbände, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands (I. o. Z.), der Gewerkschaften Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften der Fabrik- und Handarbeiter Kirch-Dunder (Abteilung Bergarbeiter) und die Polnischen Berufsvereinigungen (Abteilung Bergarbeiter) erlassen folgenden Aufruf an die Ruhrbergarbeiter:

„Zehn Wochen stehen wir unter dem Druck der französischen Militärherrschaft. Waffenlos, aber ungezügelt verharren die Ruhrbergarbeiter im Abwehrkampf. Mit allen Mitteln veruchen die Franzosen, diesen Widerstand zu brechen. Durch rotsige Verordnungen soll die Arbeiterschaft eingekerkert werden...

So steht es im Saargebiet aus. Kameraden! Wie würde es uns ergehen, wenn Poincaré sein Ziel erreicht würde? Er wird es nicht erreichen. An unserem Willen, gestützt auf unser Recht, muß die brutale Gewalt zerbrechen...

Kameraden! Wir bleiben fest im Abwehrkampf für unser Recht und unsere Freiheit. Wir lassen uns weder durch Judenbrot noch durch Peitschen von dem französischen Militarismus und Imperialismus zur Arbeit zwingen...

Bochum in schwerer Not.

Aöln, 27. März. Der französische Kommandant der Stadt Bochum hat an die Bochumer Geschäftswelt, die seit vier Wochen als Freieigentum gegen die Requisition der Franzosen ihre Türen geschlossen hält, die Aufforderung gerichtet...

Wer kann es ergründen?

Wie Welten entstehen
Wer kann es ergründen?
Wer hat Gott gesehen,
Wer kann ihn finden?

Wir tasten und irren /
Wie Schatten im Wind
In des Lebens Wirren
Unwissend und blind.

Wolf A. M. u. o. v. d. E.

Theater und Kunst

Aber eine Neu-Inszenierung von „Tristan und Isolde“ im Freiburger Stadttheater durch Intendant Pichler schreibt uns der Literaturhistoriker der dortigen Universität Professor Dr. Witkop: Die Inszenierung war eine schöpferische Erneuerung des Musikdramas...

meisten Aufführungen vorzieht, so rät Wagner selber in der Geleit vor einer Aufführung des Tristan: „Nur Brille ab! Nichts als das Orchester hören!“

Bei einer dem Wesen des Wertes gemäßen Inszenierung geht es zunächst, die äußere Ruhe und Ablenkung auf das geringste Maß zurückzuführen.

Und hier hat Pichler ein weiteres Kunstmittel dem Bühnenwerk vollendet dienstbar gemacht: das bewegte Licht. Bei der Sternenhimmel im Wandel des Lichts dem Seelengang der Musik folgt...

Das Städtetheater in Wiesbaden teilt mit: Die Meldungen über die Brandstiftung sind stark übertrieben, das Feuer hat lediglich das Bühnenhaus, ein angrenzendes Dekorations- und Möbelmagazin und einen Teil der Musikammer zerstört.

übliche Liebeszene, hier hat Wagner — wie Nietzsche in der Geburt der Tragödie sagt — „sein Ohr gleichsam an die Herzklammer des Weltwillens gelegt“...

Und hier hat Pichler ein weiteres Kunstmittel dem Bühnenwerk vollendet dienstbar gemacht: das bewegte Licht. Bei der Sternenhimmel im Wandel des Lichts dem Seelengang der Musik folgt...

Das Städtetheater in Wiesbaden teilt mit: Die Meldungen über die Brandstiftung sind stark übertrieben, das Feuer hat lediglich das Bühnenhaus, ein angrenzendes Dekorations- und Möbelmagazin und einen Teil der Musikammer zerstört.

wieder aufgenommen werden. Man rechnet, daß dies in sechs bis acht Monaten geschehen wird. Sarah Bernhard, die „göttliche Tragödin“ ist in Paris gestorben. Als wir noch nicht Wochen waren, hat die verstorbene Künstlerin mehrfach im Großherzoglichen Hoftheater zu Karlsruhe gastiert.

Kunst und Wissenschaft

Beitrag der badischen Hochschulen. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat eine Übersicht über den Besuch der badischen Hochschulen angestellt. Nach dieser Übersicht zählte die Universität Heidelberg im Wintersemester 1922/23 2896 Studierende...

Gottfried Kellers als Maler. Der malerischen Begabung Gottfried Kellers hat Hans Thoma die höchste Anerkennung gezollt. Trotdem ist der meiste Teil der Schweizer nicht recht bekannt. Nur im „Göttinger Heine“ lesen wir den Niederschlag seines malerischen Strebens.

Bevölkerung an demütigen, wird von den männlichen Passanten verlangt, daß sie beim Vorzeichen ihres Ausweises ihre Kopfbedeckung abnehmen. Gesicht das nicht, so werden die Äbte und Mützen von den Franzosen heruntergeschlagen.

Diehische Behandlung der deutschen Gefangenen.

5. Berlin, 27. März. (Eig. Drahtber.) Aus Mainz wird berichtet, daß den Untersuchungsgefängnissen im dortigen Gefängnis zur Aufnahme des Essens und Verrichtung ihrer Lebensnotdurft daselbst Gefäß zur Verfügung gestellt wird. Sie erhalten nur kaltes Essen, das mit den Händen genommen werden muß. Aus schmerzlichen Säden wird ihnen hartes Brot gegeben. Vor der Gerichtsverhandlung müssen die Untersuchungsgefängnisse in einem feuchten kalten Räume, der nicht beleuchtet werden kann, viele Stunden warten, so daß sie bis zu ihrem Erscheinen vor dem Gerichte meist erstarbt zu verhandlungsunfähig sind. Einige kürzlich verhaftete Beamte sind in den Arrestzellen der farbigen Truppen eingesperrt worden. Unter diesen Gefangenen, um die es sich hier handelt, befinden sich hauptsächlich pflichtgetreue deutsche Beamte, hauptsächlich Eisenbahner, die wegen ihrer Weigerung, den französischen Anordnungen Folge zu leisten, vor die Weisungsgerichte gestellt werden.

Briefmarkentaub.

Berlin, 27. März. Nach einer Meldung des „Tagblatts“ aus Dortmund drangen heute vormittag dreimal hintereinander die Franzosen in das Postamt I ein und durchsuchten das Gebäude unter Verhinderung aller Türen, die verschlossen waren. Sie raubten für ungefähr 2 Millionen Mark Briefmarken und 400 000 M. Geld.

Ein Cassano mit einer Ladung verbrannt.

Köln, 27. März. Zwischen Pladen und Wiesdorf fuhr ein Lokomotiv, das mit Kohlen und Zughaken beladen war, infolge Versagens der Steuerung die feste Böschung hinab und fing Feuer. Der größte Teil der Ladung verbrannte. Der Schaden soll sich nach der „Köln. Ztg.“ auf 111 120 M. beziffern. Der Autoführer und sein Begleiter wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Der päpstliche Abgesandte für das Ruhrgebiet.

Köln, 27. März. Der päpstliche Delegierte Teza besuchte nach seinem Eintreffen in Köln den Kardinalbischof und überreichte ihm sein Beglaubigungsschreiben. Er besuchte dann laut Köln Volkszeitung den Oberbefehlshaber der britischen Truppen am Rhein, den Kölner Oberbürgermeister, den Regierungspräsidenten und den englischen und französischen Zivildelegierten in Köln. Teza begibt sich in den nächsten Tagen ins Ruhrgebiet.

Die Verkehrswege.

Die „Köln. Ztg.“ schildert die Verkehrsverhältnisse am 26. März folgendermaßen: Der Eisenbahnverkehr ist nahezu völlig erlahmt. Die letzte große Linie, die das linke Rheinufer mit dem Osten verbindet, führt über Eberfeld—Hagen. In der englischen Zone wird noch ein beschränkter Verkehr von Personenzügen bis an deren Grenze aufrecht erhalten: Von Köln aus in Richtung Düsseldorf bis Reisholz, nach Koblenz bis Prühl, in Richtung Trier bis Kierberg, Linie Trosdorf bis Porz—Urbach, in Richtung Aachen bis Buir. Diese Strecken sind meist durch Verkehrsmittel anderer Art: forsiert oder ergänzt worden. So hat die Reichspost eine Reihe von Kraftwagenlinien eingerichtet. Daneben hat sich ein privater Kraftwagenverkehr entwickelt: Köln—Arnhem (Holl.), Köln—Kleve, Köln—Aachen, Köln—Koblenz. Auch auf dem Rhein hat sich ein Personenverkehr herausgebildet. Es verkehren Dampfer zwischen Köln—Mainz und Bonn—Koblenz. Am bedeutendsten ist wohl die Aufgabe der Klein- und Straßenbahnen. Das Ruhrgebiet ist mit einem autark gebildeten Straßennetz ausgestattet. Von der an seinem Rande entlang führenden noch von deutscher Seite betriebenen Linie Köln—Eberfeld—Hagen—Schwerte—Dortmund sind fast überall Möglichkeiten gegeben, mit der Straßenbahn die Fahrt in das eigentliche Ruhrgebiet fortzusetzen. Von Dortmund in Richtung Essen (Menschen) besteht auch zur Zeit noch ein Eisenbahnpendelverkehr. Köln, Aachen, M.—Gladbach sind unter sich und über Düsseldorf und Duisburg auch mit dem Individualverkehr durch Kleinbahnen verbunden. Zum Rhein führen elektrische Kleinbahnen von Köln aus bis Bonn und weiterhin bis Neulm nach rechtsrheinisch bis Siegburg. Siegburg ist auch durch direkte Eisenbahnverbindung Köln—Dorath—Siegburg zu erreichen. Von Siegburg besteht ein weiterer Eisenbahnanschluss über Miesbach—Siersbach—Sonn und von dort mit der Straßenbahn nach Koblenz. Von Siegburg gehen ferner D-Züge nach Frankfurt a. M. ab. Der direkte D-Zugverkehr Köln—Frankfurt führt über Hagen—Finnentrop. Trier ist von Köln—Guskirchen aus durch Postkraftwagenverbindung durch die Eifel zu erreichen.

Ein tapferes deutsches Mädchen.

Der Kreisdelegierte von Guskirchen, der Vertreter der Rheinlandkommission, suchte ein neues Dienstmädchen und hatte der Stütze eines ihm gegenüber wohnenden Bauunternehmers die Ehre zugebracht, die Stellung zu übernehmen. Das Mädchen, Anna Cremer mit Namen, lehnte, als ihr das Anerbieten des Delegierten bekannt gegeben wurde, es wiederholt ab, darauf einzugehen, und sie erklärte schließlich — es war am 12. d. M. —: „Weil ich nicht in der Gegend bei Deutschen arbeiten als in der Gegend bei Franzosen; ein deutsches Mädchen, das heute bei Franzosen arbeitet, habe überhaupt keine Ehre im Reiche. Als ich schon nach einer Stunde dem Delegierten vorgeführt wurde, der sie wegen dieser Bemerkung zur Rede stellte, blieb sie bei dem, was sie gesagt hatte und wiederholte: „Jawohl, sie sei allerdings der Meinung, daß ein deutsches Mädchen, das heute noch zu Franzosen in Stellung gebe, keine Ehre im Reiche haben könne; sie nehme kein Wort zurück. Zitternd vor Erregung ließ ihr darauf der Delegierte durch den Dolmetscher eröffnen: Diese Aeußerung enthalte eine schwere Beleidigung Frankreichs; Leute mit solcher Stimmung könne er in der Stadt nicht dulden, sie müsse

innerhalb 24 Stunden das besetzte Gebiet verlassen. Worauf das Mädchen gelassen erwiderte: „dann gehe sie eben; sie finde überall eine Stelle.“

Frankreichs Rückichtslosigkeit gegenüber der Schweiz.

Bern, 27. März. Der französisch-schweizerische Notenwechsel in der Zonenfrage wurde veröffentlicht. Auf französischer Seite hätte man es anscheinend lieber gesehen, wenn diese Publikation unterblieben wäre. Der schweizerische Bundesrat ist sich klar darüber, daß die Veröffentlichung der Note ein Einlenken der französischen Regierung eher erschwert als erleichtert. Er hielt sich aber mit Recht für ermächtigt, die schwerwiegende neue Tatsache, die durch die französische Zustimmung begründet ist, öffentlich bekannt zu geben. Andernfalls hätte er auf ein sehr gewichtiges Moment verzichtet müssen, nämlich auf die Bildung einer schweizerischen Einheitsfront, einer Front, wie sie nun vorliegt.

Die Zeitungen kommentieren immer noch die französische Note und lehnen mit aller Entschiedenheit den französischen Standpunkt einmütig ab. Die französische Note spricht in der Tat dem Bundesrat das Recht ab, sich auf den Volkswillen zu berufen.

Die rote Klara als Freundin des Generals Degoutte.

Paris, 27. März. Nach einer Savasmeldung aus Düsseldorf wurde gestern vormittag in Schanhorst die Kommunistin Klara Zeitlin, die sich auf dem Wege nach Essen befand, um dort in einer kommunistischen Versammlung das Wort zu ergreifen, festgenommen. General Degoutte, der von der Angelegenheit in Kenntnis gesetzt worden war, hat sofort Anweisungen gegeben, Klara Zeitlin weiter reisen zu lassen.

Aus dem Offenburger Gebiet.

Aus der Haft entlassen wurde der Obmann der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Diejer, der in Offenburg verhaftet und nach Strassburg verbracht worden war.

Der französische Kommandant hat dem Stadtrat mitgeteilt, daß die Offenburger Polizei, nachdem sie nicht mehr in Offenburg ist, aufgelöst ist. Die Rheinlandkommission behält sich weitere Sanktionen vor.

Oberbürgermeister Höller befindet sich im Gefängnis in Landau immer noch in Einzelhaft. Wie man hört, darf er jeden dritten Tag eine Stunde im Gefängnishof spazieren gehen. Selbstverpflichtung wurde ihm abgelehnt; er erhält Gefängnislohn.

Neue Ausweisungen aus der Pfalz.

Die Franzosen haben eine große Anzahl von Zollbeamten aus der Pfalz ausgewiesen und zwar 12 Beamte vom Hauptzollamt in Kanbau, 4 vom Zollamt in Würth und 4 vom Zollamt in Wenden. Es handelt sich durchweg um Beamte, die auf rechtsrheinischem Gebiet geboren sind.

Stinnes in Rom.

Rom, 27. März. Der deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes ist gestern zu einstämmigem Aufenthalt in privaten geschäftlichen Angelegenheiten hier eingetroffen.

Das Ausland legt dieser Reise große politische Bedeutung bei. Die Franzosen behaupten natürlich, Stinnes wolle den Versuch machen, die italienische Regierung zu einer Vermittlung im Ruhrkonflikt zu bewegen, andere Meinungen gehen dahin, daß Stinnes mit Vertretern der internationalen Geschäftswelt in Rom verhandeln will. Es hat dieser Tage in Rom eine Sitzung von Vizepräsidenten der internationalen Handelskammer stattgefunden. Was Paris über die Romreise von Stinnes denkt, geht aus folgendem Bericht hervor:

Paris, 27. März. Ein Diplomat, der besonders in französisch-italienischen Fragen erfahren sein soll, erklärte einem Berichterstatter des Blattes „Echo de Paris“ über die Reise des Herrn Stinnes nach Rom, man könne versichert sein, daß Stinnes, wenn es sich nur darum handelt hätte, mit amerikanischen Großindustriellen in Besprechungen einzutreten, nicht mehrere Sekretäre vorausgeschickt hätte. Die Amerikaner seien nur ein Vorwand. Er habe noch einmal den Puls der italienischen Regierung fühlen wollen. Zum drittenmal seit der Ruhrdeklaration suche Deutschland Waffen in ein derartiges Unternehmen zu verstricken. Stinnes habe den Augenblick gewählt, in dem Mussolini eine Zusammenkunft mit dem belgischen Minister des Auswärtigen, Paipar, haben soll. Es scheint, daß Stinnes formelle Vorschläge Mussolini unterbreiten will, die dieser der belgischen Regierung mitteilen sollte. Belgien seinerseits soll diese Vorschläge dann auch Frankreich übermitteln, aber neue Reparationspläne habe Stinnes nicht nach Rom gebracht. Beweis dafür, daß Stinnes nicht die Besprechungen mitnahm, auf die er gerechnet hatte, sei, daß er es für unannehmlich gehalten habe, nach Deutschland über Walland zurückzukehren, sondern den Weg über den Brenner gewählt habe.

Diese offenbar von Regierungsseite ausgehende Stimmungsmache beweist, wie manhaft man in Paris unterrichtet ist. Der Berichterstatter in Paris erwartete übrigens, daß der französische Vorkämpfer in Rom Poincaré über den Besuch des Herrn Stinnes Bericht erhalten werde und gibt übrigens zu, daß der Aufenthalt Stinnes in Rom in politischen französischen Kreisen allerlei Kommentare hervorgerufen habe.

Deutsches Reich

Die Schutzlosigkeit der deutschen Bevölkerung in Königshütte.

Königshütte, 27. März. Oberbürgermeister Stahl, ein Deutscher, ist von seinem Amte zurückgetreten. Die Amtsniederlegung erfolgte zum Protest gegen die Schutzlosigkeit der deut-

schen Bevölkerung in Königshütte, wie sie sich unlängst wieder durch die Sprengung einer deutschen Versammlung und das Verjagen polizeilicher Hilfe zeigte.

Gegen die Deutschvölkische Partei.

Berlin, 27. März. Das „V. L.“ meldet aus Weimar, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei durch Verordnung des thüringischen Staatsministers in Weimar auch für Thüringen verboten worden ist. Zahlreiche Angehörige der Organisation sind verhaftet worden.

Pfarrer Traub vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 27. März. Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes wird am 11. April gegen den Pfarrer Traub wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verhandeln.

Badische Politik

Zum Besuch der Reichsminister in Karlsruhe.

Ueber den Besuch der Reichsarbeitsministers und des Reichsverkehrsministers in der badischen Hauptstadt wird von amtlicher Seite folgender Bericht veröffentlicht:

Am Montag weilten der Reichsarbeitsminister und der Reichsverkehrsminister in Karlsruhe, um mit der badischen Regierung Fragen ihrer Ressorts zu besprechen, die sich aus der durch den Einbruch der Franzosen geschaffenen wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse des Landes ergaben.

Der Reichsarbeitsminister besuchte zunächst am Vormittag mit den badischen Ressortministern und den Referenten der beteiligten Ministerien eine Reihe von Fachfragen, die mit der Durchführung des Abwehrkampfes in Baden im Zusammenhang stehen. Am Nachmittag wurde Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiter, Angestellten und Beamten Gelegenheit gegeben, sich, soweit dies im Rahmen einer größeren Versammlung möglich war, mit dem Reichsarbeitsminister über Angelegenheiten seines Ressorts auszusprechen.

Der Reichsverkehrsminister konferierte am Vormittag mit dem Staatspräsidenten über die Durchführung von Verkehrsvereinfachungen und weiteren Verkehrsmaßnahmen zwischen dem unterbadischen Wirtschaftsgebiet und dem Oberland. Am Nachmittag fanden dann bei der Eisenbahndirektion Referentenbesprechungen über die technische Lösung von angeregten Verkehrsvereinfachungen statt. Die Beratungen hatten folgendes Ergebnis: Der über Württemberg umgelegte Elzweg Freiburg—Karlsruhe soll, um die bisherigen Anschlussschwierigkeiten über Karlsruhe hinaus nach dem Unterland abzustellen, bis Mannheim durchgehend weitergeführt werden. Außerdem soll ein D-Zug Mannheim—Karlsruhe—Wagel eingeleitet werden. Da dieser Zug ebenfalls über die einseitige, durch den umgelegten Güterverkehr bereits stark überlastete württembergische Umleitungsstrecke geführt werden muß, die nur wenige und zu kurze Ausweichmöglichkeiten bietet, sind vor Durchführung dieses D-Zugs-Verkehrs erhebliche technische Schwierigkeiten zu beseitigen. Es ist damit zu rechnen, daß diese Schwierigkeiten in einigen Tagen behoben sein werden, so daß voraussichtlich noch im ersten Drittel des Monats April der neue umgelegte D-Zugverkehr Mannheim—Basel aufgenommen werden kann.

Weiter wurde bei den Beratungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und der badischen Regierung ausgeführt, daß die Reichsbahn auch der schnelleren Weiterführung des Ausbaues der Bahnerverbindung Raumünzach—Freudenstadt näher treten werde.

Aus Anlaß des Besuchs der Reichsminister hatte der Staatspräsident für den Abend einige Einladungen ergehen lassen.

Die nächste Landtagsitzung.

Die nächste Landtagsitzung ist auf Mittwoch den 11. April, vormittags, anberaumt. Der Landtag wird sich an diesem und den folgenden Tagen mit der Abänderung des Grund- und Gewerbeenergiegesetzes, mit der Wohnabgabe und mit der Vorausverwendung eines größeren Betrags zur Gewährung von Baubehilfen des Staates, sowie mit der Gewährung eines Staatskredits an die Handelskammer befassen.

Aus Baden

Gröningen, 27. März. Auf letzten Samstag berief die Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Gröningen e. V. m. b. H. ihre erste ordentliche Generalversammlung ein. Der 1. Vorstand, Revisionsassistent L. Schaber, begrüßte die Anwesenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Rechnungsrat A. D. Geiger gab die Bilanz und Mitteilungsbericht sowie den Revisionsbericht für das vergangene Geschäftsjahr bekannt. Vorstand Schaber schilderte in dem Geschäftsbericht die erpflüchtigte Tätigkeit der jungen Genossenschaft. Die Genossenschaft hatte im vergangenen Geschäftsjahr einen Gesamtumsatz von etwa 20 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Mitglieder nahmen mit Befriedigung von den Ausführungen Kenntnis und beschloßen, den erzielten Reingewinn den Reservefonds zuzuschreiben. Anschließend begrüßte der 1. Vorsitzende die Notwendigkeit der Erhöhung der eigenen Betriebsmittel in einem längeren Vortrag über „Was bedeuten die eigenen Betriebsmittel für die Zentrale, Ortsgenossenschaft und Einzelmitglieder?“ Man beschloß hierauf Vollenziehung des Geschäftsanteils von M. 5000.— und Erhöhung der Haftsumme auf 25 000 M. Hierdurch erreicht die Genossenschaft eine Gesamtsumme von etwa 10 Millionen Mark. Nachdem noch interne Vereinsangelegenheiten durchberaten waren, hielt der Steuerfondus des Verbandes bad. Landw. Genossenschaften Karlsruhe einen Vortrag über die neue Steuererhebung. Der Redner vertrat es, in höchst interessanten Ausführungen die Anwesenden aufzuklären. Auf allgemeinen Wunsch der Genossen findet im Monat April nochmals ein Steuerwort durch Herrn Trenkle statt.

Büchig, 27. März. Am Sonntag, 25. März, hielt die Ein- und Verkaufsgenossenschaft ihre diesjährige Generalversammlung im Rathaus ab. Der Vertreter des Verbandes bad. Landw. Genossenschaften Karlsruhe, Revisionsassistent Hedemann, sprach über das Warengeschäft und genossenschaftliche Tagesfragen. Die Genossenschaft zahlte ihre Betriebsmittel der Geldentwertung an und erhöhte den Geschäftsanteil auf 10 000 M. und die Haftsumme auf 50 000 M.

Graben, 27. März. In opferfreudigem Wirken für die Notleidenden der besetzten Gebiete boten der hiesige Männergesangverein Niederfranz und der Kirchenchor Graben unter Leitung von Hauptlehrer Köhler und Musiklehrer Grumann und unter Mitwirkung von Konzertmeister Feldner und Frk. Ledner ein in jeder Hinsicht gelungenes Kirchenkonzert. Schlicht und innig wirkten die beiden Chöre: Psalm 90 „Herr Gut, Du bist meine Zuflucht“ und Psalm 126; dramatisch und ergreifend in dem rührenden „Christ Kyrie“ die Sturmbedrückung des Männerchors. Auch die Suite von Rheinberger und Romane von Beethoven für Violine und Orgel fand warme Aufnahme.

Pforzheim, 27. März. Bei der Wucherpolizei ist der Inhaber einer Milchfuranstalt zur Anzeige gebracht worden, weil er für einen Liter Milch 1300 M (!) verlangte. Ferner wurde ein Mechaniker aus Karlsruhe verhaftet, weil er sich unter schwindelhaften Angaben ein Auto anzueignen versuchte, um dieses an einen Ausländer mit zwei Millionen Mark weiterzuverkaufen.

Pforzheim, 27. März. Der neue Bahnhof ist, soweit er fertig, in Betrieb genommen. Der Umbau konnte noch nicht zu Ende geführt werden. Fertiggestellt ist jetzt der östliche Teil des Bahnhofumbaus, in dem sich der Fahrkartens- und Gepäckdienst abwickelt. Für die Schalterhalle und die Gepäckabfertigung sind nun große Räume gewonnen worden, so daß sich der Verkehr in Zukunft rascher abwickeln wird, als das bei dem bisherigen, ganz unzulänglichen alten Bau der Fall war. Im Jahre 1920 war der ganze Bahnhofumbau auf sechs bis sieben Millionen Mark veranschlagt. Er kostete jetzt aber bereits 120 Millionen Mark, und die Kosten für die zweite Hälfte des Umbaus werden weitere Millionen verschlingen.

Sondelsheim bei Bretten, 27. März. Der bei seinen Eltern in einem Bahnhofswohnhaus wohnende Arbeiter Hermann Schöne wurde, als er auf dem Bahnhofsperon entlang ging, von einem Zug überfahren und sofort getötet.

Seidelberg, 27. März. Bei den Umbauarbeiten des Rathauses wurden zwei Grundstücke gefunden. Einer stammt aus dem Jahre 1701, als unter Kurfürst Johann Wilhelm das Rathaus erbaut wurde. Der Grundstein erhielt u. a. ein größeres Silberstück, das auf der Vorderseite den Kurfürsten und auf der Rückseite das kurfürstliche Wappen zeigt. Inzwischen auf einem das Silberstück umgebenden breiten silbernen Ring nehmen auf die Verhörung Seidelbergs durch die Franzosen und den damaligen Wiederanbau Bezug. Der andere Grundstein stammt aus dem neueren Stängelbau, der 1885 errichtet wurde.

Seidelberg, 27. März. In der Bürgermeistereifrage (Wiederwahl des Bürgermeisters Drach) hat eine sozialdemokratische Parteiversammlung beschlossen, an der Kandidatur des Stadtrats und Landtagsabgeordneten Maier festzuhalten.

Mannheim, 27. März. Die hiesige Metzgerinnung hat den Kleinverkaufspreis von Fleisch um 400 bis 600 M. erhöht. — Infolge des Rückgangs der Zahl der schulpflichtigen Kinder im neuen Schuljahr werden 70 Volksschullehrer ohne Klasse sein. (Besamntlich hat der Landtag einem Noiegesetz zugestimmt, wonach die Klassenstärke herabgesetzt werden soll, um die Lehrer weiterbeschäftigen zu können.)

Mannheim, 27. März. Die badischen Mitglieder des Internationalen Variete-Theater-Direktoren-Verbandes E. W. Sitt Berlin, hielten hier eine Sitzung ab, in der u. a. beschlossen wurde, eine Bezirksgruppe Baden zu gründen. Zum Obmann dieser Bezirksgruppe wurde Dir. Goldstein von den Künsterpielen „Libelle“ Mannheim gewählt.

Mosbach, 27. März. Auf der Müstenbach wurden der 11jährige Volksschüler Willi Bauer und der 18jährige Jakob Zimmermann von einem unbekanntem Burschen überfallen und dem ersten das Fahrrad geraubt.

Freiburg, 27. März. Die Wucherabteilung der Polizeidirektion griff in der letzten Woche 26 neue Wucherfälle auf. 13 Fälle betrafen Freistreiber, 13 unerlaubten Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Vieh. Dem Metzgermeister Hilbert wurde von der Wucherabteilung wegen grober Verfehlungen der Handel mit Fleisch- und Wurstwaren untersagt.

Ueberlingen, 27. März. Auf der Station Espasingen fuhr ein Personenzug infolge falscher Weichenstellung auf den im Bahnhofsgebäude stehenden Güterzug auf. Personen wurden nicht verletzt, dagegen wurden mehrere Wagen des Güterzugs zerstört, ebenso wurde die Lokomotive des Personenzugs demoliert.

Konstanz, 27. März. Die Reichsbahnverwaltung hat verfügt, daß alle Bodenseeschiffe deutschen Ursprungs vollständig weißen Anstrich erhalten, so daß die Landesfarben der drei Uferstaaten, Baden, Württemberg und Bayern, mit denen die Schiffe bisher befrachten waren, auf den Bodenseedampfern verschwinden.

Haben Sie schon,

sofern Sie das Karlsruher Tagblatt durch die Post beziehen, den Bezug für den Monat April erneuert?

Es ist die höchste Zeit!

Wirtschafts- und Handelszeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)
Frankfurt, den 27. März (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 1200.— (früh. 0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 8250.— (" 1.70 ")
London	1 Pfd. St. 93000.— (" 20.— ")
Paris	1 Fr. 1320.— (" 0.80 ")
Zürich	1 Fr. 3860.— (" 0.80 ")
Italien	1 Lire 1025.— (" 0.80 ")
Newyork	1 Dollar 20925.— (" 4.20 ")

Tendenz: unverändert.

Holländische Meinungen.

(Von unserem Amsterdamer Mitarbeiter.)

Wenn einer vorausgesetzt hätte, daß es in voller Friedenszeit zu einer kriegerischen Lage wie der Besetzung des Ruhrgebietes von den Franzosen und den daraus hervorgegangenen deutschen Abwehrmaßnahmen kommen würde, und daß die großen Effektenmärkte dessen ungeachtet wenigstens vorübergehend eine recht feste Miene zur Schau tragen würden, so hätte dies wohl sehr wenig Glauben gefunden. Es ist kennzeichnend für die jetzige Lage, daß der Parallelismus zwischen Börse und Wirtschaft, obgleich er auf die Dauer selbstverständlich nicht ausgehalten werden kann, doch jetzt öfters vorübergehend ganz verschwunden scheint. Die allfällige Erleichterung ist wohl darauf zurückzuführen, daß man an der Börse ganz bestimmte Hoffnungen hat über die voraussichtliche Lösung der politischen Verwicklungen, so daß man geneigt ist, sich eher nach diesen Meinungen als nach den tatsächlichen Ereignissen zu richten. Sodann machen sich außerhalb der politischen Sphäre Einflüsse geltend, die über an und für sich im Grunde ein ganz anderes Gesichtsbild zu geben. Namentlich fällt in dieser Hinsicht die Beförderung auf, die sich allmählich auf den Produktenmärkten andeutet und die Auffassung aufkommen läßt, daß sich trotz aller ungünstigen politischen Faktoren doch eine Wendung zum Besseren im internationalen Wirtschaftsleben zeigen läßt.

Die holländische Industrie arbeitet jetzt im allgemeinen wieder etwas günstiger als in den letzten Jahren, was auch in höheren Kursen zum Ausdruck kommt. Die Erleichterungen, die in den letzten Monaten hinsichtlich des Arbeitszuges usw. zustande gekommen sind, haben dazu das Ihrige beigetragen, ebenso die Ermäßigung der Löhne in den meisten Geschäftszweigen. Einige Branchen leiden aber stark unter ausländischer Konkurrenz. Am auffälligsten ist dies der Fall bei der Schuhfabrikation. Laut offiziellen Angaben ist die Anzahl der Arbeiter in 57 der bedeutendsten Schuhfabriken in einem Jahre um 42 Proz. zurückgegangen. In einigen Gemeinden beträgt der Niedergang sogar 75 Proz. Der Export von Schuhwaren in Holland war in 1922 beinahe zwölfmal größer wie in 1913. Die Einfuhr von Schuhwaren ist jetzt beinahe so groß wie die ganze inländische Produktionskapazität. Die importierten Schuhe kosten durchschnittlich etwa 3,20 fl. Die inländischen 7,50 fl. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die Regierung nicht länger Widerstand leisten konnte gegen die Forderung dieser Industrie, einen Schutz gegen die ausländische Konkurrenz zu gewähren. Es ist längst eine Gesetzesvorlage eingereicht worden, nach der bis Ende dieses Jahres der Import von Schuhwaren in Holland derart beschränkt werden soll, daß die inländischen Fabriken wieder einen größeren Absatz erhalten können und demzufolge, wie die Regierung erwartet, in der Lage sein werden, billiger als jetzt zu produzieren. Da der Import nicht ganz unterbunden werden soll, wird außerdem in einem allerdings beschränkten Umfang der Wettbewerb bestehen bleiben, der einer Steigerung der Preise im Inlande entgegenwirken soll. Die niederländische Regierung verneint ausdrücklich, daß sie mit dieser Gesetzesvorlage ins protektionistische Lager überzugehen beabsichtigt. Es ist ziemlich sicher, daß die Gesetzesvorlage vom Parlament genehmigt werden wird. Die Regierung vertritt über eine große Majorität. Außerdem ist aber die Schuhindustrie Hollands namentlich in den südlichen Provinzen des Landes aufzulaufen, deren Vertreter beinahe ohne Ausnahme zu den Regierungsparteien gehören, und die ja am stärksten diesen Schutz befürworten haben. Es bleibt abzuwarten, ob jetzt nicht auch andere Industrien aus denselben Motiven Schutz gegen ausländische Konkurrenz beantragen werden, in welchem Falle Holland auf rein praktischem Wege doch zu einer Aenderung seiner Handelspolitik gelangen könnte. Die Lederindustrie bedarf bereits, daß sie ebenso schutzbedürftig sei wie die Schuhindustrie. Die Zigarrenindustrie dürfte diesem Vorbehalten folgen, und so vielleicht ad infinitum. Im Auslande dürfte dieser Entwicklungsgang in holländischen Geschäftsleben mit Interesse verfolgt werden.

Es fragt sich, ob diese Aenderung in der holländischen Handelspolitik als zeitgemäß betrachtet werden kann in einem Augenblick, in dem die gefährteste Valuta-Konkurrenz eben ihre Schärfe zum Teil verloren hat infolge der Desorganisierung des deutschen Geschäftslebens durch die Vorgänge im Ruhrgebiet und durch die Stilllegung von Betrieben, welche die deutsche Reichsbank für die Mark eingeleitet hat. Die Meinungen über das endgültige Resultat dieser Aktion sind in Holland geteilt. Auf der einen Seite wird natürlich auf das weitere Anwachsen der Markten hingewiesen, auf der anderen jedoch auf die guten Folgen der Still-

zunehmenden für die österreichische Krone und auf den Umstand, daß die deutsche Reichsbank immerhin noch über einen großen Goldschatz verfüge, der für diese Zwecke eventuell mobil gemacht werden könnte. Man meint, daß eine aktivere Politik der Reichsbank auch früher bereits einer weiteren Senkung des Markensfußes hätte entgegenwirken können und ist eben aus diesem Grunde der Ansicht, daß es den führenden Kreisen in Deutschland angeht, die Vorteile, welche der Großindustrie aus der Entwertung der Mark zufließen, mit einer Stützungsaktion nie recht ernst zu erwägen. Das kann aber jedenfalls jetzt nicht länger behauptet werden angesichts der jüngsten straffen und erfolgreichen Maßnahmen, die den Anlauf von Lebensmitteln usw. für Deutschland wesentlich erleichtern dürften.

Diese Ansätze dürften wohl zum Teil in Holland vorgenommen werden, eventuell aus dem noch immer nicht völlig erschöpften großen Kredit, der seinerzeit infolge des bekannten großen Kreditabkommens von Holland zur Verfügung Deutschlands gestellt worden ist. Nichtsdestoweniger überwiegen aber die Nachteile, die für Holland aus der derzeitigen Lage in Deutschland hervorgehen, sehr weit die Vorteile, welche aus eventuellen deutschen Lebensmittelanläufen usw. hervorgehen können. Die Unterbindung des Verkehrs mit dem Ruhrgebiet hat beispielsweise einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Schiffsahrtbewegung Rotterdam, zumal die französischen Behörden auch von englischen Kogiten, die über Holland nach dem Oberrhein verschifft worden sind, 10 Proz. Einfuhrsteuer einziehen, was wohl zu einer Ausdehnung Hollands aus diesem Verkehr führen dürfte, falls es nicht gelang, diese Bestimmung zu beseitigen. In Holland wird betont, daß diese sowie mehrere andere französische Maßnahmen den Bestimmungen der Rheinverträge absolut zuwiderlaufen.

Was die Ruhrbesetzung selber betrifft, meint man in Holland ziemlich allgemein, auch in stark pro-französischen Kreisen, daß Frankreich zwar auf die Dauer durch die Organisation eigener Zollbesteuern, Eisenbahnverwaltungen usw. des deutschen Widerstandes insofern Herr werden dürfte, daß wieder größere Kostenansprüche über die Besetzung geleistet werden könnten, daß aber, falls der deutsche Geist nicht erschläft, die Kosten dieser Transporte deren materielle Wert weit übersteigen dürften, so daß Frankreich durch seine letzte Politik faktisch gar keine deutschen Reparationszahlungen mehr erhalten wird. Zwar verkennt man in Holland nicht, daß es Frankreich zum Teil um etwas ganz anderes als Reparationsleistungen zu tun sein dürfte, doch meint man hier, daß keine politischen Nebenwende dem Lande derart nützen können, ohne daß es ungeschädigt auf diese Leistungen verzichten könnte. Da die deutsche Leistungsfähigkeit durch die Desorganisation des Ruhrgebietes jedenfalls bedeutend zurückgehen muß, steht man hier der Ansicht auf eine Genugdung der französischen Forderungen recht kritisch gegenüber, was sich in der fortwährend schwachen Haltung des Frankfurteres abspiegelt. Nebenfalls glaubt man, daß die jetzigen Ereignisse kaum dazu angetan sind, eine Genugdung des Wirtschaftslebens zu fördern.

Die holländische Regierung ist deshalb befreit, der Industrie tatkräftigere Unterstützung zur Wiedergewinnung ausländischer Märkte zu gewähren, als der Fall gewesen sein würde, wenn man hätte annehmen können, daß sich die Lage so wie zu wieder hat hinreichend klären dürfte. Vor etwa einem Jahre ist in Holland beschlossen worden, unter bestimmten Bedingungen eine Staatsgarantie für Exportkredite zu bewilligen. Diese Bedingungen waren aber derart, daß von diesen Krediten so gut wie gar kein Gebrauch gemacht worden ist. Jetzt sind sie wesentlich erleichtert worden. Es werden jetzt alle Transaktionen in den Kreditplan einbezogen werden können, für welche Bankkredit erhältlich ist und eventuell auch andere, falls daraus eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit in Holland hervorgehen dürfte. Der Staat garantiert höchstens 40 Proz. des Fakturrechnungsbetrages, soweit er nicht auf dem Wege über den Wechselverkehr einzutreiben ist. Selbstverständlich werden auch jetzt genaue Mitteilungen über die Art der Transaktion, die früheren Verbindungen der betreffenden Firma mit dem in Frage kommenden Lande, den Einfluß des Geschäftes auf die Arbeitslosigkeit usw. gemacht werden müssen und werden die Anfragen von einer Kommission ad hoc beantwortet werden, während für die betreffenden Geschäfte eine näher zu bestimmende Prämie bezahlt werden muß. Ins Ungewisse werden die Verhältnisse somit auch jetzt nicht fallen. Innerhalb dürfte die neuen Bestimmungen zu einer Förderung des holländischen Exports beitragen.

v. b. S. R.

Das Scheitern des deutsch-schweizerischen Versicherungsabkommens.

Der Einbruch der Reparationskommission gegen das deutsch-schweizerische Abkommen zur Abwicklung der deutschen Lebensversicherungs-Versicherungen in der Eidgenossenschaft liegt nunmehr vor. Damit tritt eine neue Entwicklung ein, wie dies seit einiger Zeit zu befürchten gewesen ist. Nach Ablauf des bis 1. Mai geschaffenen Provisoriums würde ein Vacuum entstehen, das allen Beteiligten unerfreuliche Folgen zeitigen müßte. Denn es liegt auf der Hand, daß die beteiligten deutschen, jetzt sämtlich aus der aktiven Arbeit aus Deutschland ausgeschiedenen, vaterländischen Unternehmen völlig außerstande sind, die an sie gestellten Währungsansprüche zu befriedigen, zumal der Markwert sich bei dem Abschlusse des

Versicherungsabkommens ganz außerordentlich verschlechtert hat. Das Veto der Reparationskommission greift tief in die deutschen wie die schweizerischen Interessen ein; es bedroht die schweizerischen Versicherer, wenn nicht ihr Staat mit sehr erweiterten Hilfsleistungen einreißt, mit bedeutenden Verlusten; es bedroht die deutschen Firmen mit allen rechtlichen Konsequenzen aus dem Zustand des Rückversicherungsunternehmens. In Deutschland bedauert man diese Entwicklung außerordentlich; die Opfer, die man zu einer vertrauensvollen Abwicklung der Angelegenheit in Deutschland zu bringen bereit war, zeigen, daß man entschlossen war, die Interessen der schweizerischen Gläubiger der deutschen Firmen auch unter den schwierigsten eigenen Verhältnissen nach Möglichkeit zu wahren. Der Einbruch der Reparationskommission wird Folgen auch für die Ordnung der volutarischen Verbindlichkeiten nach anderen Ländern, besonders nach Holland haben. Man kann nur hoffen, daß das Ausland für die jetzt für Deutschland durch den Einbruch der Reparationskommission geschaffene Finanzlage Verständnis zeigen wird und den guten, aber zur Ohnmacht verurteilten deutschen Willen zur lokalen Ordnung der Angelegenheit anerkennt.

In einer Wolff-Melburg aus Paris heißt es über die Stellungnahme der Reparationskommission zu dem Abkommen: „Das Abkommen Deutschland finanzielle Kosten auferlegt, haben sich die Kriegskassenkommission einerseits und die schweizerische Regierung andererseits an die Reparationskommission wandt und angefragt, ob sie die Ermächtigung zum Abschluß erteile oder nicht. Das Garantiefomitee, das auf Grund der ihm von der Reparationskommission übertragenen Vollmachten zur Durchführung des Artikels 278 des Versailler Vertrages zuständig sei, habe bereits beschlossen, seine Zustimmung abzulehnen wegen der Verpflichtung Deutschlands zu Zahlungen in ausländischen Devisen, die der deutschen Regierung dadurch entsteht, während sie sich außerdem erklärt, ihren Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Insofern hätte die Kommission wegen der politischen Folgen eines derartigen Beschlusses die Notifikation ihrer Entscheidung aufgeschoben, bis die Reparationskommission davon unterrichtet war. Nachdem diese von der Sachlage Kenntnis genommen hat, hat sie endgültig beschlossen, die Entscheidung des Garantiefomitees zu bestätigen.“

Das deutsch-schweizerische Hypothekenabkommen.

Die letzten 14 Tage fanden in München Verhandlungen zwischen der schweizerischen und der deutschen Delegation über den Abschluß eines Zusatzabkommens zu dem deutsch-schweizerischen Hypothekenabkommen vom 6. Dezember 1920 statt. Nach eingehenden Beratungen einigten sich die beiden Delegationen über den einen Vertrag, dessen Bestimmungen geeignet erscheinen, die Schwierigkeiten, die sich aus der Durchführung ihres Abkommens ergeben, in einer glänzenden und Schlichtern einigermaßen gerecht werdenden Weise zu beseitigen. Der Vertrag unterliegt noch der Ratifikation.

Von den Börsenplätzen. Frankfurter Börse.

Devisen ruhig. — Effekten begehrt.

w. Frankfurt a. M., 27. März.

Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln blieb klein. Es sind weder auf dem Devisenmarkt noch auf dem Notenmarkt Aenderungen zu bemerken, die von Bedeutung sein könnten. Dollarnoten stellten sich auf 20850—20900.

Im Effektenverkehr von Büro zu Büro herrschte vorübergehend eine feste Stimmung. Montan- und Industriepapiere verschiedentlich stärker gefragt. Soweit Kurse genannt wurden, lagen sie aber meist über den letzten Notierungen. Mansfelder 26—27 000, Deutsch-Luxemburg, Gelsenkirchen begehrt. Scheideanstalt 35 500, Höchster 24 500, Nordd. Lloyd 26 500. Für Olaviminen wurde ein Kurs von 170 000 genannt. Sonst sind Elektrizitätspapiere beachtet, besonders Licht und Kraft. Schutzgebietsanteile höher 14 000, Zolltürken 31 500—32 000.

Im freien Verkehr hörte man noch folgende Kurse: Elberfelder Kupfer 10 500, Inag 15 000, Api 15 500, Emelka befestigt. Hanso Lloyd 8900—8900, Karstadt 3600—3700, Krügershall 19 500, Lastauto 6000, Unterfranken 1225. Das Geschäft war ruhig, doch sollen für die Mittwochsbesuche vonseiten des Privatpublikums Kaufordere eingelaufen sein, wobei es sich meistens um unlimitierte Aufträge handelt. Am 28. März gelangen die Aktien der Ch. Knorr A.-G. Heilbronn zur amtlichen Notierung.

Berliner Börse.

w. Berlin, 26. März.

Am Devisenmarkt hielt die Geschäftstille an. Fast sämtliche Kurse unterlagen bei geringfügigen Umsätzen nur ganz unwesentlichen Schwankungen. Lediglich Devisen Paris stellte sich im Anschluß an die Auslandsnotierungen etwas höher. Für Effekten wurden etwas festere Schlusskurse genannt.

Industrien / Handel / Verkehr.

Industrien.

A.-G. für Zigarrenfabrikation in Mannheim. Das erste Geschäftsjahr schließt bei 3 Mill. Mark Aktienkapital, das inzwischen auf 10 Mill. erhöht wurde, mit einem Reingewinn von rund 800 000 Mk. ab. Die Generalversammlung genehmigte 10 Prozent Aufsichtsratsanteile und 12 Prozent Dividende auf 3 Mill. Mark.

Bad Heilbrunn A.-G. Nach dem Beschluß des Aufsichtsrats ist der bisherige Direktor Jaus seines Amtes enthoben worden. Seine Geschäftsführung soll zu Bestandungen Anlaß gegeben haben. Als sein Nachfolger ist Kommerzienrat Graus bestimmt.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 27. März. Elektrolytkupfer 8136, Originalhüttenrohnickel 358 595 per 100 kg; Raffinadekupfer 7000—7100, Originalhüttenweichblei 2650—2700, Originalhüttenrohnickel 3450 bis 3550, Remelted-Plattenzink 2600—2700, Originalhüttenaluminium in Blöcken 9288, in Drahtbarren 9338, Banca-Zinn 21—21 500, Hüttenzinn 206—210 000, Antimon 11 000—11 500, Antimon-Regulus 2600—2700, Silberbarren (ca. 900 fein) 401—403 000, Platin 64 000.

Hamburger Metallmarkt. 27. März. Silber ca. 900 fein prompt 404—403, per März 404—404, per April 405—404, per Mai 420—417,5; Zink (Hüttenroh) 3525—3475, per März 3525—3475, per April 3525—3475, per Mai 3550—3550; Blei (Lagerware) 2775—2675, ab Hütte 2725—2675, raff. 2475—2300; Zinn (Banka Straits) prompt 21 500—20 000; Kupfer greifbar 7950—7700, raff. 7200—6900, Wirebars 8050—7800, Antimon 2700—2600, Aluminium 9500 bis 9200, Elektrolytkupfer 8050—7800, Gold 13 600 bis 13 900, Platin 60 000—65 000.

Hamburger Altmetallmarkt. 27. März. Kupfer 65—68, Rotguß 50—53,5, Messing leicht 37—39, Späne 36—38,5, Guß 39—43, Blei 19,5—20,5, Zink 21—22,5.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 26. März. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 210—235 000 M., vollfleischige, ausgewästete, im Alter von 4—7 Jahren 200—210 000 M., junge, fleischige, nicht ausgewästete und ältere ausgewästete 190 000—200 000 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 180—190 000 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 190—200 000 M., vollfleischige, jüngere 180—190 000 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 170—180 000 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgewästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 210—240 000 M., vollfleischige Kühe, höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 170—220 000 M., wenig gut entwickelte jüngere Färsen 195—210 000 M., mäßig genährte Färsen 180—195 000 M., gering genährte Kühe 90—120 000 M.

Rälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 185—200 000 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 175—185 000 M., geringere Saugkälber 165 bis 200 000 M.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 250—260 000 M., vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 230—250 000 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 215—230 000 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 205—215 000 M., Sauen 190—205 000 M.

Zufuhr: 337 Stück; Ochsen 20, Färsen 23, Kühe 26, Färsen 43, Kälber 47, Schweine 178 Stück.

Tendenz: langsam. Der Markt wurde jedoch geräumt.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 27. März.

	26. März.		27. März.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Brüssel	1157.10	1162.90	1177.25	1182.75
Holland	8227.40	8268.60	8228.40	8269.60
London	9775.50	9826.70	9775.50	9826.70
Paris	1329.15	1338.85	1366.55	1373.45
Schweiz	3845.35	3854.65	3846.35	3855.65
Spanien	321.45	322.05	3201.95	3218.05
Italien	1017.15	1022.55	1022.45	1027.85
Lissabon	—	—	—	—
Dänemark	4009.95	4030.05	3970.05	3989.95
Norwegen	3763.10	3793.90	3765.55	3784.45
Schweden	3651.35	3672.15	3651.35	3672.15
Helsingfors	563.60	566.40	563.60	566.40
Newyork	20847.75	20942.25	20847.75	20952.25
Wien (alt)	25.93	25.07	29.18	29.32
Disch. Oest.	—	—	—	—
Budapest	478.80	481.07	448.85	451.10
Prag	619.15	620.85	618.70	621.35
Sofia	—	—	210.50	211.50
Agram	—	—	—	—

w. Berlin, 27. März.

	26. März.		27. März.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	8229.37	8270.63	8224.83	8265.62
Berlin	1162.08	1167.92	1177.05	1182.55
Christians	3775.59	3794.47	3765.56	3784.44
Kopenhagen	4014.93	4035.07	3987.50	4007.50
Stockholm	5641.11	5668.89	5643.60	5674.40
Helsingfors	561.58	564.41	563.38	566.42
Italien	1015.95	1021.05	1022.43	1027.57
London	9775.50	9826.70	9775.50	9826.70
Newyork	20862.74	20967.29	20852.73	20952.27
Paris	1338.14	1348.86	1371.56	1378.44
Schweiz	3851.35	3872.15	3851.35	3872.15
Spanien	3201.97	3218.03	3201.97	3218.03
Wien (alt)	—	—	—	—
Disch. Oest.	29.04	29.20	29.15	29.31
Prag	618.69	621.31	618.69	621.31
Budapest	468.—	469.—	473.—	477.—
Lissabon	—	—	—	—
Bulgarien	142.64	143.36	149.62	150.38
Buen-Aires	7698.20	7736.80	7698.20	7736.80
Japan	9978.—	10025.—	9978.—	10025.—
Rio de Jan.	2299.23	2310.77	2299.23	2310.77
Jugoslawien	213.96	215.04	212.21	213.29

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

	a) vordorisch		b) nachdorslich	
	Holland	Schweiz	Holland	Schweiz
Holland	8200—8270	8210—8270	8210—8270	8210—8270
Schweiz	3815—3870	3825—3870	3825—3870	3825—3870
Paris	1350—1390	1350—1390	1350—1390	1350—1390
Belgien	1150—1190	1150—1190	1150—1190	1150—1190
London	9750—9850	9750—9850	9750—9850	9750—9850
Newyork	20800—21000	20800—21000	20800—21000	20800—21000
Italien	1010—1030	1010—1030	1010—1030	1010—1030

Tendenz: ruhig.

100 Mark in Zürich: 2,59 1/2 Cts.
100 franz. Frks. in Zürich: 35,90 Frks.
Engl. Pfund in Paris: 71 Frks.

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Blend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 98

einka		verka	
Adler Kall	30000	Knorr	17000
Bad Lokomotivwerke	7000	Krügershall	12000
Baldar	13000	Mourer Spritzmetall	15000
Becker Kohle	13000	Olfenburger pianeri	15000
Becker Stahl	15000	Petersberg Int.	6000
Benz	17000	Rastatter Waggon	16000
Brown Boveri	9500	Rodi & Wienberger	6000
Deutsche Lastauto	7000	Russenbank	11000
Deutsche Petroleum	32000	Sichel	52000
Germania Linoleum	23000	Slooman	52000
Hansa Lloyd	9000	Sloookicht	12000
Heilbrunn Vorrags-Akt.	49000	Teichgraber	7000
Inag	15000	Textil Meyer	4500
Kabel Rheyn	22000	Ufa	10500
Karstadt	32000	5% Bad Kohlenw.-Anl.	65000